

Entschuldigte Mitglieder	
Engelbertz, Otto-Christian	CDU
Mederlet, Frank	SPD
Nietsch, Robert-Andreas	GRÜNE
Stinner, Hans-Peter	UWG

Teilnehmer Verwaltung	
Klaus Grootens	Kreisdirektor, Dezernent I
Birgit Hähn	Dezernentin II
Ralf Schmallenbach	Dezernent III
Frank Herhaus	Dezernent IV
Wolfgang Hamm	Amtsleiter Amt für Finanzwirtschaft

Gäste:
Frau Weidenfeller, Kreissparkasse Köln
Herr Dr. Karthaus, Bürgermeister der Gemeinde Engelskirchen

Die Niederschrift führt Rainer Schmidt.

Die Vorsitzende, Frau Ahus, eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Mitglieder, die Vertreterin der Kreissparkasse Köln, Frau Weidenfeller sowie Herrn Bürgermeister Dr. Karthaus.

Frau Ahus stellt fest,

1. dass unter dem 07.11.2018 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist die Vorsitzende darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Schumann, Fraktion DIE LINKE, mit unterzeichnet wird.

Als Tischvorlage liegen zu TOP 4 ein aktualisierter Veränderungsnachweis mit Stand vom 20.11.2018 und zu TOP 8.1 eine Übersicht „Hochrechnung/Prognose Rechnungsergebnis 2018“ aus.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 2. Nachtrages vom 15.11.2018 wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	Aufnahme der Stadtparkasse Bad Honnef durch die Kreissparkasse Köln	1407/14-20/I
3	Durchführung der Brandverhütungsschauen nach § 26 BHKG (Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz Nordrhein-Westfalen)	1455/14-20/II
4	Haushaltssatzung 2019-2020 1. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt 2. Beratung Haushaltsentwurf 2019-2020 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 und Veränderungsnachweis 3. Beschluss Gesamthaushalt (bei Bedarf Einzelabstimmung über die Produktbereiche) unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis 4. Beschluss Haushaltssatzung	1425/14-20/I
5	Änderung des Gesellschaftsvertrags der Naturarena Bergisches Land GmbH und der Satzung des Naturarena Bergisches Land e.V.	1356/14-20/IV
6	Anträge	
7	Anfragen	
8	Mitteilungen	
8.1	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2018	1497/14-20/I
8.2	Mitteilung der Verwaltung über Geldanlagen in den Kapitalstock Pensionsrücklage	1498/14-20/I
B Nichtöffentlicher Teil		
9	Anträge	
10	Anfragen	
11	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil		
Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohneranfragen vor.	

Zu TOP 2:	Aufnahme der Stadtsparkasse Bad Honnef durch die Kreissparkasse Köln	1407/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Die Vertreterin der Kreissparkasse Köln, Frau Weidenfeller, gibt einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation der Sparkasse Bad Honnef und der Kreissparkasse Köln. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf im Gremium.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p>	

Beschluss Nr. 1:

1. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises trifft folgende Beschlussempfehlung an die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln und weist die Vertreter des Oberbergischen Kreises in der Zweckverbandsversammlung an, wie folgt zu votieren:
 - a. Die Stadtsparkasse Bad Honnef wird von der Kreissparkasse Köln nach § 27 Abs. 1 Satz 1 2. Fall des Gesetzes über die Sparkassen sowie über die Sparkassen- und Giroverbände (Sparkassengesetz – SpkG -) in der Fassung vom 15. November 2016 (GV NRW S. 966) zum 01. August 2019 nach Werten der Jahresschlussbilanz zum 31.12.2018 aufgenommen.
 - b. Mit Vollzug der Aufnahme verliert die Stadtsparkasse Bad Honnef ihre eigenständige Rechtspersönlichkeit. Träger der vereinigten Sparkasse wird ab dem 01. August 2019 - vorbehaltlich der sparkassenrechtlichen Genehmigung - der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln.
 - c. Dem nach § 27 Abs. 3 Satz 1 SpkG zu schließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Zweckverband für die Kreissparkasse Köln und der

Stadt Bad Honnef über die Aufnahme der Stadtparkasse Bad Honnef durch die Kreissparkasse Köln (Anlage) wird zugestimmt.

2. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises stimmt dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Rhein-Erft-Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Oberbergischen Kreis über die Vertretung der Mitglieder des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln (KSK Köln) in den Organen des Zweckverbandes für die KSK Köln und im Verwaltungsrat der KSK Köln (Anlage) zu.

Zu TOP 3:	Durchführung der Brandverhütungsschauen nach § 26 BHKG (Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz Nordrhein-Westfalen)	1455/14-20/II
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 2:</p> <p>Der Kreistag beschließt die Übernahme der Aufgabe der Brandverhütungsschau für die Städte und Gemeinden des Oberbergischen Kreises gem. § 26 Abs. 2 BHKG und stimmt dem Abschluss entsprechender öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen mit den Städten und Gemeinden zu.</p>		

Zu TOP 4:	<p>Haushaltssatzung 2019-2020</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt 2. Beratung Haushaltsentwurf 2019-2020 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 und Veränderungsnachweis 3. Beschluss Gesamthaushalt (bei Bedarf Einzelabstimmung über die Produktbereiche) unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis 4. Beschluss Haushaltssatzung 	1425/14-20/I
------------------	--	---------------------

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).

Auf Vorschlag der Vorsitzenden einigt sich der Finanzausschuss auf folgenden Beratungsablauf:

1. Einleitung durch Herrn Kreisdirektor Grootens unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen
2. Stellungnahme des Sprechers der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen im Rahmen des Benehmensverfahrens
3. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt
4. Beratung Haushaltsentwurf 2019/2020 unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis
5. Beschluss Gesamthaushalt unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis (bei Bedarf Einzelabstimmung über die Produktbereiche)
6. Beschlussempfehlung Haushaltssatzung/Festsetzung Hebesätze Kreisumlage

1. Einleitung durch Herrn Kreisdirektor Grootens unter Berücksichtigung aktueller Entwicklung

Herr Kreisdirektor Grootens gibt einleitend einen Überblick über die wichtigsten Positionen des Doppelhaushalts 2019/2020 anhand eines gekürzten PowerPoint-Vortrages. Insbesondere zeigt er die Entwicklung bei den Personalaufwendungen, den Kindertageseinrichtungen, dem Sozialetat und den Hebesätzen auf. Der gesamte Vortrag ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt und im Kreistagsinformationssystem abrufbar. Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht.

(Hinweis: Die vollständige Präsentation wurde allen Mitgliedern des Finanzausschusses sowie allen Kreistagsmitgliedern übersandt, siehe E-Mail vom 22.11.2018)

2. Stellungnahme des Sprechers der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen im Rahmen des Benehmensverfahrens

Herr Bürgermeister Dr. Karthaus nimmt als Sprecher der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen Stellung zum Benehmens-

	<p>verfahren und zum Kreishaushalt.</p> <p>3. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt</p> <p>Über die vorliegenden Anträge zum Haushalt wird gemäß der Liste (2. Nachtrag zur Einladung des Finanzausschusses vom 15.11.2018) einzeln beraten und abgestimmt.</p> <p>zu 1.: Antrag SPD-Kreistagsfraktion vom 02.05.2017 / Beschlussvorschlag Kreisverwaltung auf Basis Beratung AGN vom 07.11.2018 „Ausbau des Selbsthilfebüros zu einer Selbsthilfekontaktstelle“</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE folgenden</p>
	<p>Beschluss Nr. 3</p> <p>Der Kreistag beschließt eine Erhöhung der Förderung des durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) NRW e. V., Kreisgruppe Oberbergischer Kreis, betriebenen Selbsthilfebüros zwecks Ausbaus zu einer Selbsthilfekontaktstelle gemäß dem beigefügten Finanzierungsplan.</p>
	<p>zu 2.: Antrag VdK Sozialverband vom 24.01.2018 „Erhöhung Zuschuss zu den Kosten der Sozialarbeit“</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE folgenden</p>
	<p>Beschluss Nr. 4</p> <p>Der jährliche Zuschuss an den VdK Sozialverband, Kreisverband Oberberg, wird um 500 € erhöht.</p>
	<p>zu 3.: Antrag Haus früher Hilfen vom 28.03.2018 / Beschlussvorschlag Kreisverwaltung vom 07.11.2018 „Förderung einer zusätzlichen Planstelle“</p> <p>Herr Kreisdirektor Grootens weist darauf hin, dass die Aufgabe ab 2020 vom Landschaftsverband Rheinland übernommen wird. Damit der aktuell gute Standard erhalten werden kann, sind die Mittel für 2020 über den Veränderungsnachweis nur anteilig gekürzt worden.</p>

	<p>Eine Nachfrage von AM Albowitz-Freytag wird von Herrn Schmallenbach beantwortet.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 5</p> <p>Der Kreistag beschließt, die Zuwendung an das Haus früher Hilfen in Wiehl zur Deckung des Bedarfs an heilpädagogischen Leistungen im Sinne des § 79 Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) um die Kostenübernahme für eine weitere Stelle antragsgemäß zu erhöhen.</p>	
	<p>zu 4.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.10.2018 „Ein-Euro-Mobilitätsticket als Projekt der Regionale Bergisches Rheinland 2025“</p> <p>Nach Diskussionsbeiträgen der AM Wurth, Grafflage, Schumann und Albowitz-Freytag wird der Punkt auf Antrag von AM Osterberg einstimmig in den Kreisausschuss verwiesen.</p>
	<p>zu 5.1.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.10.2018 „Einrichtung eines Betriebskindergartens für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung“</p> <p>zu 5.2.: Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU Kreistagsfraktion vom 24.10.2018 „Berücksichtigung einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung im Rahmen einer angedachten Zentralisierung“</p> <p>Zu den Anträgen 5.1 und 5.2 äußern sich die AM Wurth, Albowitz-Freytag, Osterberg, Grafflage, Koppelberg, Mann, Marquardt und Konzelmann. Nachfragen werden von Herrn Kreisdirektor Grootens und Herrn Dezernent Schmallenbach beantwortet. Auf Vorschlag der Vorsitzenden werden die Punkte einvernehmlich in den Kreisausschuss verwiesen.</p>
	<p>zu 6.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.10.2018 „Wohnungsbauförderung durch die Oberbergische Aufbau GmbH (OAG)“</p>

	<p>Nach Aussprache im Gremium unter Beteiligung der AM Wurth, Osterberg und Albowitz-Freytag wird der Punkt einstimmig in den Kreisausschuss verwiesen.</p>
	<p>zu 7.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU Kreistagsfraktion vom 23.10.2018 „NRWeltoffen, Netzwerk gegen Extremismus und Rassismus“</p> <p>AM Albowitz-Freytag stellt für die Fraktionen von CDU und FDP/FWO folgenden Änderungsantrag: Die Nr. 3 des Antrags soll bei ansonsten gleichlautendem Wortlaut wie folgt gefasst werden:</p> <p>„3. Das „Netzwerk gegen Rechts“ soll die Mittel einsetzen gegen extremistische, rassistische und antisemitische Bestrebungen und für ein respektvolles, durch gegenseitige Toleranz, Akzeptanz und Anerkennung geprägtes Handeln sowie für ein demokratisch organisiertes Miteinander.“</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 6</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Kreistag beschließt, einen Antrag auf Folgeförderung im Rahmen des Programms „NRWeltoffen“ für die Jahre 2019 und 2020 zu stellen. 2. Hierfür wird ein Haushaltsansatz von jeweils 25.000 € für die Jahr 2019 und 2020 in den Kreishaushalt eingestellt. 3. Das „Netzwerk gegen Rechts“ soll die Mittel einsetzen gegen extremistische, rassistische und antisemitische Bestrebungen und für ein respektvolles, durch gegenseitige Toleranz, Akzeptanz und Anerkennung geprägtes Handeln sowie für ein demokratisch organisiertes Miteinander. 4. Sofern der Antrag auf Weiterführung der Förderung im Rahmen des Programms NRWeltoffen abgelehnt würde bzw. das Förderprogramm nicht fortgeführt werden sollte, sollen die in den Haushalt eingestellten Mittel der Koordinierungsstelle des „Netzwerks gegen Rechts“ dienen. 	
	<p>zu 8.1: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 31.10.2018 „Erstellung eines integrierten Klimaschutzteilkonzeptes (Gesamtkosten 100.000 €, Eigenanteil des Kreises: 50.000 €)“</p> <p>Nach Beiträgen von AM Grafflage und Osterberg wird der Punkt einvernehmlich in den Kreisausschuss verwiesen.</p>

zu 8.2: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 31.10.2018 „Wiedereintritt ins Klimabündnis ‚Allianza del Clima‘“

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE** folgenden

Beschluss Nr. 7

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.10.2018 „Wiedereintritt ins Klimabündnis ‚Allianza del Clima“ wird abgelehnt.

zu 9.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.11.2018 „Verkürzung des Abschreibungszeitraums für Investitionen im Zuge der Kreishausenerweiterung auf 30 Jahre“

Nach Erläuterung des Antrags durch AM Wurth weist Herr Kreisdirektor Grootens darauf hin, dass es sich bei den Abschreibungszeiträumen um Vorgaben des NKF handelt und ein entsprechender Beschluss beanstandet werden müsste.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE** folgenden

Beschluss Nr. 8

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.11.2018 „Verkürzung des Abschreibungszeitraums für Investitionen im Zuge der Kreishausenerweiterung auf 30 Jahre“ wird abgelehnt.

zu 10.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.11.2018 „Verzicht auf Schaffung einer zusätzlichen Dezernentenstelle (einschließlich Sekretariat)“

An der Diskussion über den Sachverhalt beteiligen sich die AM Wurth, Osterberg, Grafflage und Albowitz-Freytag.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und UWG** folgenden

Beschluss Nr. 9

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.11.2018 „Verzicht auf Schaffung einer zusätzlichen Dezernentenstelle (einschließlich Sekretariat)“ wird abgelehnt.

**zu 11.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.11.2018
„Einrichtung Schnellbuslinie Wipperfürth – Leverkusen“**

AM Wurth erläutert den Antrag. Nachfragen werden von Herrn Dezernent Herhaus beantwortet. AM Osterberg verweist auf den deklaratorischen Charakter des Beschlusses. Haushaltsmittel sind in den Mitteln zur Umsetzung des Nahverkehrsplans bereits im Haushalt enthalten.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **einstimmig** folgenden

Beschluss Nr. 10

Der Kreistag begrüßt ausdrücklich alle Initiativen zur frühzeitigen Umsetzung der im Nahverkehrsplan des Oberbergischen Kreises festgehaltenen Schnellbuslinie Wipperfürth – Wermelskirchen– Leverkusen, wie sie sich in den beigefügten Anträgen im Leverkusener Rat widerspiegeln. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass bei allen Überlegungen auch die unverzügliche Anbindung von Wipperfürth und Hückeswagen sowie von Radevormwald an diese neue Schnellbuslinie gewährleistet wird. Entsprechend zielgerichtete Gespräche mit der Stadt Leverkusen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis sind zu führen. Ggf. nötige Haushaltsmittel sind im Kreisetat 2019/20 vorzusehen.

**zu 12.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU
Kreistagsfraktion vom 05.11.2018 „Konzept zur Vernetzung
von Individualverkehr und ÖPNV“**

Die AM Wurth, Albowitz-Freytag und Grafflage äußern sich zu dem Sachverhalt.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **einstimmig** folgenden

Beschluss Nr. 11

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur sinnvollen Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV im Oberbergischen Kreis durch ein Fachbüro erstellen zu lassen. Dies könnte auch ein Projekt der Regionale 2025 werden.

**zu 13.: Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2018
„Beschaffung von digitalen Meldeempfängern für das Deutsche Rote Kreuz/Hilfsorganisationen“**

AM Koppelberg erläutert den Antrag. Herr Kreisdirektor Grootens erklärt, dass die entsprechenden Mittel bereits im Haushalt enthalten

	sind und sichert eine entsprechende Verwendung zu. Auf Antrag von AM Wurth wird der Punkt vertagt, damit die Angelegenheit zwischen AM Koppelberg und der Verwaltung geklärt werden kann.
	<p>zu 14.: Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2018 „Kürzung der Investitionsmittel für die Herstellung eines Spielplatzes auf Schloss Homburg auf 45.000 €“</p> <p>Nach Erläuterung des Antrags durch AM Koppelberg erläutert Herr Kreisdirektor Grootens den Sachverhalt. AM Osterberg schlägt vor, den Ansatz in voller Höhe im Haushalt zu belassen, jedoch mit einem Sperrvermerk zugunsten des Kulturausschusses zu versehen. Weiterhin äußern sich die AM Albowitz-Freytag und Grafflage.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig bei Enthaltung der UWG-Fraktion folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 12:</p> <p>Der Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2018 „Kürzung der Investitionsmittel für die Herstellung eines Spielplatzes auf Schloss Homburg auf 45.000 €“ wird abgelehnt.</p> <p>Die Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 € werden mit einem Sperrvermerk zugunsten des Kulturausschusses versehen.</p>	
	<p>zu 15.: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 14.11.2018 „Einrichtung einer Stelle "Förderung der freien Kulturszene" beim Kultur- und Museumsamt“</p> <p>Herr Kreisdirektor und Kreiskulturdezernent Grootens berichtet über die vielfältige Kulturförderung im Kreis. AM Osterberg erklärt die Meinung der CDU-Kreistagsfraktion.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktionen SPD folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 13:</p> <p>Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 14.11.2018 „Einrichtung einer Stelle "Förderung der freien Kulturszene" beim Kultur- und Museumsamt“ wird abgelehnt.</p>	
	<p>zu 16.: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 14.11.2018 „Auflegung eines Förderprogramms ,Sozialer</p>

	<p>Wohnungsbau` mit einem Volumen von 60 Mio. €"</p> <p>Nach Beiträgen von AM Schumann, Albowitz-Freytag, Wurth und Osterberg erläutert Herr Kreisdirektor Grootens, dass die Förderung im rechtlichen Sinne als sog. verlorener Zuschuss in voller Höhe Auswirkung auf die Kreisumlage hätte.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE folgenden</p>
<p>Beschluss Nr.14</p> <p>Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 14.11.2018 „Auflegung eines Förderprogramms ‚Sozialer Wohnungsbau` mit einem Volumen von 60 Mio. €“ wird abgelehnt.</p>	
	<p>4. Beratung Haushaltsentwurf 2019/2020 unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis</p> <p>5. Beschluss Gesamthaushalt unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis</p> <p>6. Beschlussempfehlung Haushaltssatzung / Festsetzung Hebesätze Kreisumlage</p> <p>AM Wurth gibt zu Protokoll, dass sich die Ablehnung des Haushaltsentwurfs 2019/2020 durch die SPD-Kreistagsfraktion auf die Produktgruppen „1.01.02 Verwaltungsführung“ und „1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement“ bezieht. Darüber hinaus lehnt die Fraktion den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage ab, stimmt bei den Hebesätzen der Differenzierten Umlagen (Berufskollegs, Jugendamt und VHS Oberberg) aber zu.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNE, Die LINKE und UWG folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 15:</p> <p>Der Kreistag beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung 2019-2020 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung des Veränderungsnachweises.</p>	

Zu TOP 5:	Änderung des Gesellschaftsvertrags der Naturarena Bergisches Land GmbH und der Satzung des Naturarena Bergisches Land e.V.	1356/14-20/IV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Herr Herhaus erläutert die Vorlage. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 16:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Kreistag stimmt den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Naturarena Bergisches Land GmbH und der Satzung des Naturarena Bergisches Land e.V. im Zuge der Aufnahme des Rhein-Sieg-Kreises als Gesellschafter mit den vier Bergischen Kommunen Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichteroth und der Mitgliedschaft beim Naturarena Bergisches Land e.V. zu. 2. Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern. 		

Zu TOP 6:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge vor.	

Zu TOP 7:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

Zu TOP 8:	Mitteilungen	
Zu TOP 8.1:	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2018	1497/14-20/I
	Herr Kreisdirektor Grootens erläutert die als Tischvorlage ausgegebene Hochrechnung/ Prognose zum Rechnungsergebnis 2018. Nach-	

	fragen aus dem Gremium ergeben sich keine.
--	--

Zu TOP 8.2:	Mitteilung der Verwaltung über Geldanlagen in den Kapitalstock Pensionsrücklage	1498/14-20/I
	Herr Hamm informiert den Ausschuss über die zuletzt getätigten Geldanlagen in Höhe von 5,2 Mio. € im Zusammenhang mit dem Kapitalstock Pensionsrücklage.	

B Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 9:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge vor.	

Zu TOP 10:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

Zu TOP 11:	Mitteilungen	
	Es liegen keine Mitteilungen vor.	

gez.

 Margit Ahus
 - Vorsitzende -

gez.

 Knut Schumann
 - Ausschussmitglied -

gez.

 Rainer Schmidt
 - Schriftführerin -

gez.

 Gesehen:
 Reinhard Schneider
 - Leiter Leitungsstab -

gez.

 Klaus Grootens
 - Kreisdirektor -